

1 **Gemeinsame Erklärung der 2. Tagung**  
2 **der digitalpolitischen Sprecherinnen und Sprecher von CDU und CSU von Bund und Län-**  
3 **dern am 23. und 24. September 2022 in Dresden**

4  
5 Ein modernes, zukunftsorientiertes und krisenfestes Deutschland muss die Herausforderun-  
6 gen der Zeit konsequent angehen. Als Digitalpolitiker der CDU-/CSU-Fraktionen sehen wir die  
7 großen Potentiale in der Digitalisierung für unser Land. Sie ist eine Querschnittsaufgabe, die  
8 alle Bereiche betrifft. Die Chancen und die durch die Digitalisierung entstehenden Möglich-  
9 keiten bieten den Unternehmen in allen Bereichen und in der öffentlichen Verwaltung zahl-  
10 reiche Perspektiven. Beispiele sind eine erhöhte Wertschöpfung durch Effizienzgewinne auf  
11 Basis von Digitalisierung und Automatisierung, eine reibungslose Prozesssteuerung und das  
12 Wegfallen von uninteressanten und eintönigen Arbeiten.

13 Kernaufgabe der Politik ist es, die bestmöglichen Rahmenbedingungen für eine konstruktive  
14 Gestaltung der Digitalisierung zu schaffen.

15 Die Sprechertagung verfolgt dabei das Ziel, wichtige Themen der Digitalisierung in den Blick  
16 zu nehmen, sich auszutauschen und gemeinsame Positionen zu formulieren. Deshalb setzen  
17 wir uns insbesondere für folgende 5 Punkte ein:

18  
19 **1. Ausbau der Digitalen Infrastruktur**

20 Eine flächendeckend verfügbare digitale Infrastruktur ist die Basis für jede Digitalisierung.  
21 Dabei müssen auch die gleichwertigen Lebensverhältnisse bei der digitalen Infrastruktur be-  
22 rücksichtigt werden. Nur dort, wo diese Grundvoraussetzungen gegeben sind, kann digitale  
23 Teilhabe und digitale Wertschöpfung stattfinden, auf Angebote einer digitalen Verwaltung  
24 zugegriffen sowie Bildung auch in Krisenzeiten gewährleistet werden.

25 Dem Ausbau von Glasfaser-Breitband und zukunftsfähiger Mobilfunktechnologien muss auch  
26 in Zukunft eine hohe Priorität eingeräumt werden. Perspektivisch sollen alle Haushalte mit  
27 Glasfaser angebunden sein. Der eigenwirtschaftliche Ausbau ist für uns dabei der Normalfall  
28 – dort wo der Markt nicht selbstständig aktiv wird, muss mit staatlichen Förderungen unter-  
29 stützt werden. Die bestehende Breitbandförderung des Bundes muss deshalb weiter mit aus-  
30 reichenden Finanzmitteln ausgestattet sowie um Themen wie Mobilfunk und 5G/6G erwei-  
31 tert werden.

32 Der Eigenausbau der TK-Unternehmen muss mit weiteren Maßnahmen gestärkt werden: Bü-  
33 rokratieentlastungen, digitale Antragsverfahren und alternative Verlegungsmethoden können  
34 Unternehmen bei der schnellen Erschließung helfen.

35 Mobilfunk: In den sogenannten Grauen-Flecken-Gebieten ist nationales Roaming anzustre-  
36 ben, um kurzfristig den Empfang für alle Mobilfunknutzerinnen und Mobilfunknutzer zu ver-  
37 bessern. Beispielsweise darf bei den Minderungsrechten im Mobilfunk nicht zwischen städti-  
38 schen, halbstädtischen und ländlichen Gebieten ein Dreiklassensystem entstehen.

39

## 40 **2. Digitale Bildung als Standortvorteil in Deutschland**

41 Wir setzen uns für eine starke und unterrichtsübergreifende digitale Bildung unserer Schüle-  
42 rinnen und Schülern ein. Dabei ist die Digitalisierung unserer Schulen ein großer Kraftakt. Sie  
43 endet aber nicht 2024 wie der DigitalPakt Schule 2019-2024. Daher brauchen wir dringend  
44 einen DigitalPakt Schule 2.0.

45 Der breite Einsatz von digitalen Endgeräten in der Schule sollte so erfolgen, dass die Schüle-  
46 rinnen und Schüler auf lebenslanges Lernen und Arbeiten in einer digitalen Welt optimal vor-  
47 bereitet werden. Sie müssen im Umgang mit digitalen Medien so vertraut sein wie mit Addi-  
48 tion und Multiplikation.

49 Demografischer Wandel macht auch vor den Lehrkräften nicht halt. Um auch in Zukunft in  
50 jeder (ländlichen) Region die gleichen Bildungschancen und ein gleichwertiges Angebot im  
51 Unterricht anbieten zu können, gilt es, Schule unter Einsatz digitaler Medien neu zu denken.

52 Die Basis für eine gute digitale Bildung ist eine verbesserte digitale Vorbildung unserer Leh-  
53 rerinnen und Lehrer – hierfür ist eine noch stärkere Verankerung digitaler Inhalte im Lehr-  
54 amtsstudium, aber auch die lebenslange Weiterbildung der Lehrkräfte notwendig.

55 In Zukunft sollten wir in Ausnahmesituationen (Pandemien, Naturkatastrophen etc.) in der  
56 Lage sein, von Tag 1 an und an jedem weiteren Schultag den Schulunterricht online fortzu-  
57 setzen.

58

## 59 **3. Digitale Verwaltung stärken**

60 Bürgerfreundlich, schnell, effizient und zwischen verschiedenen Ebenen verzahnt: So stellen  
61 wir uns die Verwaltung der Zukunft vor.

62 Vor allem die kommunale Ebene muss dabei stärker in den Blick genommen und weiter un-  
63 terstützt werden. Vor Ort darf es keine Frage sein, ob bevorzugt in digitale Prozesse oder lo-  
64 kale Infrastruktur investiert werden soll.

65 Es ist Aufgabe von Bund und Ländern, den Kommunen einfache, kostengünstige und auto-  
66 matisierte Lösungen zur Verfügung zu stellen. Vor diesem Hintergrund sehen wir die Strei-  
67 chung von Bundeshaushaltsmitteln im Bereich des Onlinezugangsgesetzes (OZG) sehr kri-  
68 tisch und fordern den Bund auf, seine Versprechen auch einzulösen.

69 Einheitlichen Lösungen, im Idealfall bundesweiten Lösungen, sind dabei Vorzug einzuräu-  
70 men. Als „Best Practice“ sollten erprobte Prozesse durch den Bund übernommen und den  
71 Ländern zur Nutzung angeboten werden. Darüber hinaus sind ergänzende Regelungen im  
72 OZG zu schaffen, die auch die interne Digitalisierung der Verwaltung beinhalten (Back-End).

73 Eine stärkere Standardisierung von Verwaltungsprozessen schafft neue Freiräume für inno-  
74 vative Lösungen aus der Privatwirtschaft.

75 Ein nationales gemeinsames Bürgerkonto ist wünschenswert und sollte vorangetrieben wer-  
76 den. Die Schaffung von digitalen Bürgeridentitäten ist von zentraler Bedeutung, damit die  
77 Bürgerinnen und Bürger die staatlichen Verwaltungsleistungen in Zukunft nutzerfreundlich,  
78 einfach und sicher nutzen können.

79 Die Schriftformerfordernisse in der öffentlichen Verwaltung sind zum absoluten Ausnahme-  
80 fall und die digitale Signatur zum Regelfall zu machen, um den einfachen digitalen Kontakt  
81 zwischen Behörden, Ämtern und den Bürgerinnen und Bürgern zu ermöglichen und zu för-  
82 dern.

83

#### 84 **4. Cybersicherheit**

85 Unser Land steht vor großen Herausforderungen, der digitale Fortschritt bringt dabei Poten-  
86 ziale und Gestaltungschancen für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft mit sich. Dabei gilt es  
87 aber auch, die Cybersicherheit als zentrales Element aller Online-Aktivitäten der Digitalisie-  
88 rung weiter zu stärken. Zum anderen gilt dies auch aufgrund der aktuellen Herausforderun-  
89 gen, insbesondere für den Staat und die kritischen Infrastrukturen. Dabei müssen die militä-  
90 rischen und zivilen Cyber-Fähigkeiten zum Schutz der kritischen Infrastrukturen besser ver-  
91 zahnt und Doppelstrukturen vermieden werden.

92

#### 93 **5. Stärkung der digitalen Souveränität und Abbau von Abhängigkeiten**

94 Angesichts gestörter Lieferketten und einem zunehmend unsicheren internationalen Um-  
95 feld, muss die digitale und technologische Souveränität Deutschlands und Europas ausge-  
96 baut und digitale sowie technologische Abhängigkeiten strategisch reduziert werden. Sollten  
97 Lieferketten gestört werden, hat dies nicht nur Auswirkungen auf die Digitalisierung in  
98 Deutschland, sondern auch auf die Grundlagen unserer Wirtschaft. Daher gilt es, zu starken  
99 Abhängigkeiten von einzelnen Staaten entgegenzuwirken. Gleichzeitig muss Deutschland  
100 selbst zu einem Vorreiterland bei digitalen Schlüsseltechnologien werden – beispielsweise  
101 im Bereich KI und Quantentechnologien. Hier gilt es mehr zu investieren und innovations-  
102 freundlichere Rahmenbedingungen zu schaffen.

103

#### 104 **6. Mobiles Arbeiten**

105 Nicht zuletzt die Pandemie hat uns gezeigt: Die Arbeitswelt befindet sich im Wandel. Dieser  
106 Wandel ist vor allem durch die Flexibilisierung von Arbeit geprägt. Demnach ist die Arbeit in  
107 weiten Teilen nicht mehr an eine räumliche Struktur gebunden, sondern zu jeder Zeit von je-  
108 dem Ort leistbar. Das mobile Arbeiten wird in der Zukunft keine Ausnahme mehr darstellen.  
109 Um diesen Veränderungen der Arbeitswelt Rechnung zu tragen, müssen wir reagieren und  
110 weitestgehend das mobile Arbeiten ermöglichen. Hierzu muss neben der technischen Aus-  
111 stattung auch die Mobilfunkinfrastruktur in der Fläche gewährleistet werden. Darüber hin-  
112 aus müssen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im verantwortungsbewussten und  
113 gesunden Umgang für das mobile Arbeiten geschult werden.

114